

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganzzährig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (rüb)

7. Jahrgang.

Sonntag, 13. März 1927.

Nr. 61.

„Politik in der Mannschaftsstube.“

Die schönen Zeiten des militärischen Kadavergehorsams sind auf dem besten Wege, wiederzukehren. Und seine Wegbereiter sind die deutschen Regierungsparteien, die soeben im verfassungsrechtlichen Ausschusse des Abgeordnetenhauses für die Entziehung des Wahlrechtes der Soldaten, Offiziere und Gendarmen gestimmt haben. Was nicht einmal die tschechische Regierungskoalition zuwege brachte, gesteht jetzt den tschechischen Besitzklassen mit Hilfe der Deutschbürgerlichen: allen militärischen Personen das Stigma der politischen Rechtslosigkeit aufzudrücken und den tschechoslowakischen Militarismus seines ursprünglich immerhin demokratischen Charakters zu entkleiden. Wir sind Gegner des Militarismus in jeder Gestalt und fordern den Aufbau der Wehrmacht auf dem Militärsystem, so heißt es noch immer im Programm der deutschen Christlichsozialen, das in fast allen seinen Teilen einen Gradmesser für die Verräterei dieser Partei ist, die sie seit ihrer Abkehrung ins Regierungslager nicht nur am Volke, sondern auch an ihren eigenen Grundgesetzen begehrt. Parteiprogramme sind dazu da, um nicht gehalten zu werden. Nach dieser Maxime haben auch die deutschen Landbündler die Forderung nach Einführung des Militärsystems und die sofortige Herabminderung der drückenden Militärlasten in ihrem Programm stehen. Seither haben sie dem Militärbudget und dem Dreimilliarden-Rüstungsfonds zugestimmt, der auf elf Jahre hinaus allen kommenden Regierungen neben den laufenden Militärausgaben die Ermächtigung erteilt, über dreihundert Millionen jährlich für außerordentliche Rüstungszwecke auf die Schultern der Steuerzahler aufzuladen. Auch das Programm der deutschen Gewerkepartei hat heute nur mehr Museumswert, denn natürlich war auch diese Partei bis zum Augenblicke, da ihr Programm wurde, sich mit Kohleneinfuhrsperren kaufen zu lassen, Gegnerin des Militarismus und Anhängerin des Militärsystems.

Die Kasierung des Wahlrechtes der Militärfunktionen bedeutet mehr, als deren Ausschließung vom wichtigsten politischen Rechte des Staatsbürgers. Es ist ein entscheidender Schritt zum alten Militärsystem zurück, das in den Soldaten nicht vollwertige und gleichberechtigte Menschen sah, nicht Bürger des Staates, deren Einberufung zum Wehrdienst sie wohl ihrem Berufe und zivilen Leben entzieht, sie aber nicht auch zu Minderwertigen und Rechtslosen stempelt, sondern in ihnen Maschinen, den künftigen Willen des Volkes erblickte, die ihr Gehirn außer Gebrauch gesetzt haben, die nicht denken und nur gehorchen, mit mechanischer Präzision alle Befehle ihrer Vorgesetzten vollziehen, sei es auch, wie der tolle Wilhelm einst sagte, daß der Befehl lautet, auf Vater und Mutter zu schießen. Das war die goldene Zeit des Militarismus, in der der Soldat blindgehordender Sklave seiner Vorgesetzten war, dem jede Beschwerde-möglichkeit, die nur auf dem Papier des Dienstreglements stand, schelte und der am allerwenigsten berufen war, an dem Staate, dem er die Freiheits- und Blutsteuer leisten durfte, politischen Anteil zu nehmen. Nach der Rückkehr der Soldaten von der Schlachtbank des Krieges wäre es jedem schlecht ergangen, der es gewagt hätte, bei der Neuerrichtung der Wehrmacht — die man nicht einmal als Militarismus gelten lassen wollte — die Soldaten in das alte Sklavensystem zu spannen und sie durch Vererbung ihrer politischen Rechte zu geringwertigeren Staatsbürgern zu machen. Die Weisensform des österreichischen Militarismus schien endgültig begraben zu sein, und wenn auch der neue tschechische Militarismus viele Nebel seines Erblästers zeigte, wagte er doch nicht, zwischen denen, die ihm zu dienen gezwungen waren und dem öffentlichen Leben den Zusammenhang zu zerreißen. Der Soldat wurde nicht als unwürdig erklärt, an dem Staate, für den er

Eintägiger Generalstreik der Bergarbeiter.

Donnerstag, den 24. März. — Am gleichen Tage Massentkundgebungen. — Ein Aufruf aller Bergarbeiterorganisationen.

Freitag haben in Prag Beratungen aller Bergarbeiterorganisationen stattgefunden. Die Beschlüsse werden in dem folgenden an alle Bergarbeiter und Mitglieder der Zentralbrüderlade gerichteten Aufruf der Bergarbeiterorganisationen bekanntgegeben:

Die gegenwärtige Regierung bereitet einen Angriff vor, durch welchen die Bergarbeiter-Providenzisten, Witwen und Waisen, sowie auch die aktiven Bergarbeiter und Mitglieder der Zentralbrüderlade schwer geschädigt werden sollen.

Nach den bisher getroffenen Vorbereitungen der Regierungsvorgänge soll die Sanierung der Zentralbrüderlade, die allerdings in der kürzesten Zeit erfolgen muß, so zur Durchführung gelangen, daß die seit jeher bestehende

selbständige Bergarbeiterversicherung aufgehoben

und die Mitglieder der Zentralbrüderlade der Sozialversicherung eingegliedert werden sollen. Mit der Durchführung dieser geplanten Maßnahme wird das bisherige Recht und der Einfluß der Bergarbeiter auf die Verwaltung der Versicherung fast aufgehoben, besonders wird aber damit eine ganz bedeutende Herabsetzung der bisherigen, durch das Brüderladengesetz ohnedies bescheiden bemessenen Rechte und Ansprüche verbunden.

Diese direkte Schädigung soll vor allem darin bestehen, daß die

bereits angefallenen Renten der Providenzisten, Witwen und Waisen um ein Drittel herabgesetzt und die Verantwortlichkeiten der Mitglieder der Zentralbrüderlade nur in der niedrigsten Klasse der Sozialversicherung anerkannt und dadurch um mehr als 50 Prozent entwertet werden sollen.

Die weitere Verschlechterung des bisherigen Standes beruht:

- in der Erhöhung der Grenze für den Anfall der Altersrente auf 65 Jahre,
- in der Aufhebung des Anspruches auf die Invalidenrente bei Berufsunfähigkeit,
- in der Aufhebung der unbedingten Witwenrente,
- in der Verschlechterung der Krankenversicherung

dadurch, daß die Anzahl der Lohnklassen vermindert wird, daß der Anspruch auf Krankentüchtigkeit erst mit dem 4. Krankheitstage beginnt

Prag, am 11. März 1927.

Namen der Gewerkschaftsorganisationen der Bergarbeiter:

- f. d. Union der Bergarbeiter:
Adolf Pohl, Anton Jarolim.
- Sbruzeni št. horníků:
Jof. Fiser, V. Sinder.
- Deutschnoz. Bergarb. Verband:
Proske, Hausenblas.
- Svaz krešt. šoz.:
Mois Protop.

und für den Sonntag die Unterstützung nur bei länger als 14 Tage währenden Krankheit ansbe-zahlt wird.

Diese wichtigsten Verschlechterungen, die mit der vorbereiteten Aufhebung der selbständigen Bergarbeiterversicherung zusammenhängen, zeigen klar, daß die Regierungskreise beabsichtigen, die Sanierung dieser Versicherung — obwohl es sich bei derselben offensichtlich um die Sanierung der Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse handelt — vor allem auf Rechnung der Providenzisten, Witwen und Waisen und auf Rechnung der Ansprüche und Rechte der aktiven Mitglieder durchzuführen. Es handelt sich daher um eine große Schädigung und Verkürzung für unabsehbare Zeit.

Die Regierung, welche die Staatsfinanzen aus der Bergbauindustrie sanierte und bis heute saniert und die Unternehmer, deren Reingehälte auch in der Zeit der Abfahrtsperiode ständig steigen, haben die feste Absicht, durch diese vorbereitete Verschlechterung sich der ihnen obliegenden Pflicht zu entziehen.

Es ist darum notwendig, gegen diese Absicht den entschiedensten Protest zu erheben und gleichzeitig mit allem Nachdruck auszusprechen, daß die Bergarbeiter und Mitglieder der Zentralbrüderlade entschlossen sind, sich mit allen Mitteln gegen diesen unerhörten Angriff auf ihre Existenz aufzulehnen.

Zu diesem Zwecke haben die unterfertigten Gewerkschaftsorganisationen der Bergarbeiter, die sich verpflichteten, bei dieser Aktion solidarisch vorzugehen, den Beschluß gefaßt:

für Donnerstag, den 24. März 1927 einen eintägigen Generalstreik der Bergarbeiter zu proklamieren und an diesem Tage Massentkundgebungen der Bergarbeiter in allen Revieren der Republik zu veranstalten.

Bergarbeiter und Mitglieder der Zentralbrüderlade!

Dieses erste Warnungssignal der Bergarbeiter an die verantwortlichen Organe, wie: Regierung, Parlament und Unternehmer, muß würdig und machtvoll ausfallen. Seid bereit zur Abwehr der vorbereiteten Verschlechterungen eurer Existenz, zur Sicherung eurer Ansprüche und Rechte, seid vor allem bereit zur Unterstützung weiterer Aktionen der Gewerkschaftsorganisationen der Bergarbeiter!

- Svaz horníků Praha:
Prozít Budít.
- Nachverband „Solidaritá“:
Karl Flach, Josef Bauer.
- Jednota št. horníků a hutníků:
Josef Lanc, Frant. Pecha, Vladav Suchopár.
- M. V. S.:
Vael, Josef.

Alerikale Kulissenarbeit gegen die Volksschule.

Eine notwendige Ergänzung.

Als im Vorjahre der Unterricht um halb 9 Uhr und nicht um 8 Uhr beginnen sollte, da hörte man oft: Schon wieder eine Neuerung, keine Ruhe bekommt die Schule, nichts als Experimente. So viele Lehrer. Eltern wieder dachten ganz anders; sie freuten sich, daß man ihren Kindern (besonders den Kleinen) mehr Ruhe gönnte und sie länger im Bette ließ. Besonders im Winter tat das gut. Ich selbst dachte: Immerhin eine Leistung, einmal aus den tiefgefahrenen Wegen altherwürdiger Schulgewohnheit herauszugehen.

Nun soll diese begrüßenswerte Neuerung auch in den Sommermonaten bestehen bleiben. Dazu nimmt Gen. D. L. im „Volkstribun“, Nr. 59, in recht ausführlicher und eigener Weise Stellung. Ueber dem ganzen Artikel steht ungeschrieben, doch eindringlich das Motto „Bildung macht frei“; aber 21 Tage weniger Lesen, Schreiben und Rechnen sind ein unerlegbarer Verlust, ein Raub am Kulturgut des Proletariats. Gen. D. L. fordert die Beibehaltung der bestehenden Unterrichtszeit, ist gegen jede Verkürzung (somit auch gegen die Verkürzung des Religionsunterrichtes) und sieht in dem Erlasse des Unterrichtsministers einen alerikalen Vorstoß. Was recht stark zu bezweifeln ist. Eher dürfte der Herr Hodža, oder ein nahe- stehender, eigene Kinder, die gerne schlafen, in die Schule schicken. Uebrigens halte ich die Alerikalen für weit großzügiger, tiefgreifender und gründlicher, als daß sie sich von einer halben Stunde weniger Rechnen soviel Erfolg versprechen würden. Ihnen geht es um mehr. Und auch uns sollte es um mehr gehen, als um einige Stunden Einmaleins. Wie Zahlen allein läßt sich in der Frage wohl soviel wie gar nichts beweisen. Wer kann sagen, daß die Unterrichtsstunde mit 45 Minuten nicht erfolgreicher sein kann, als die mit 55 Minuten? Für das Kind ist die Unterrichtszeit eine Frage der Arbeit. Auch der Arbeiter, der acht Stunden arbeitet, leistet qualitativ mehr, als wenn er zehn oder zwölf Stunden arbeiten würde. Kann es uns der sozialistischen Bewegung in ihrer Gesamtheit wirklich nützen, wenn der Junge oder das Mädchen etwas liegender liegt? Kann das der Reaktion schaden? Dem Lesen (der Lesefreude) einen so übertriebenen Kulturwert zuschreiben, halte ich für bedenklich. Schließlich ist es recht bedeutungslos wie man liest; wichtig ist wohl, was man liest. Und was liest man denn gar so Erhebendes in der Volksschule, daß man sich in zwei Spalten für 25 Minuten Lesen mehr in 14 Tagen einsehen muß? Ich habe schon einmal (in der Folge vom 12. November 1926, „Religion und Schule“) den Geist unserer Lehr- und Lehrbücher aufgezeigt. Eben jetzt werden Lehrer-Sonderauskünfte gebildet, die sich mit der Wieder- oder Neueinführung von Lehr- und Lehrbüchern befassen sollen. Hier wäre ein weites und dankbares Arbeitsfeld für freilebende Lehrer. Von ihnen wird im besten Falle gegen die Verkürzung der Neben- und Religionsstunden protestiert, selbst aber im Schoße der alleinseligmachenden Kirche geblieben. Dabei bleibt der liebe Gott hoch in Ehren, denn auch „Betalozzi ist jetzt beim lieben

rechten werde die Politik von den Mannschafsstuben fernhalten. Der junge Mensch, der zum Militär einrückt, hat meist längst politische Stellung genommen, er war oft Mitglied einer Jugendorganisation, und je ärger der Drill, dem er unterworfen wird, je drückender die Willkür, die er erleidet, und je mehr er sich als Soldat ausgestoßen fühlt von der Gemeinschaft seines Zivilstandes, desto weniger wird es gelingen, sein Denken zu „entgisten“. Er wird in den Mannschafsstuben nicht über Politik reden dürfen — wird es besser sein, wenn man ihn und seine Kameraden drängt, ihrem Drange nach Anteilnahme am politischen Geschehen illegale Formen zu geben? Und glaubt man, der Soldat werde bei Wahlkämpfen, die auf alle Gassen und Plätze ihre Wogen werfen, blind und taub sein und dabei seine eigene Rechtslosigkeit, sein Ausgestoßensein nicht um so drückender empfinden?

Die Wegnahme des Soldatenwahlrechtes will die Wehrfähigen von der Politik ausschalten und sie von der Zugehörigkeit zu den sozialistischen Parteien losreißen. Vergebliche Mühe! Diese reaktionäre Maßnahme wird erst recht Sozialisten züchten!

unter Umständen sein Leben opfern mußte, politisch Anteil zu nehmen und an der Gestaltung seiner Verhältnisse durch Ausübung des Wahlrechtes mitzuwirken. Schüchtern geworden angefaßt der unerhörten Menschenopfer, die gefallen waren, gab der Militarismus sich nur als eine Vorstufe des Militärsystems aus, das nicht blinden Kadavergehorsam, sondern freiwillig und selbstbewußt ihre Dienstpflicht leistende Bürger des Gemeinwesens zur Voraussetzung hat. Nunmehr, unter der tschechisch-deutschen Bürgerregierung, macht die Enttöter-reicherung auch auf diesem Gebiete so rasende Fortschritte, daß alle Unterwürigkeit gegen früher bald restlos verschwunden sein werden. Der Servilismus der Deutschbürgerlichen hilft dabei in alter Treue für den Militarismus mit.

Es ist nun soweit gekommen, daß ein schäbiger „deutscher“ Regierungschmuck schreiben darf, mit der Entziehung des Soldatenwahlrechtes werde ein „Fehlstrich“ korrigiert, der bei der Gründung der Republik unter der „Hochspannung der Gemüter“ gemacht wurde. Soldat sein, das heiße eben nicht bloß Bluse und Pantalons von gleicher Farbe und Fasson tragen, sondern auch, daß alle Träger dieser

Uniformstücke von einheitlichem Geist und übereinstimmendem Willen befeelt sind, um der Verteidigung des Vaterlandes zu dienen. Hört man da nicht einen der alten, totgeglaubten Kommunistendüpfle deklamieren, die mit Tierbändiger-manieren den ihnen ausgelieferten Soldaten „Räson“ und Denkfähigkeit beizubringen suchten, und die Koffernwägen nach Zeitungen abhalten ließen, um „alle Politik von den Mannschafsstuben fernzuhalten“. Diesem Zwecke dient auch der beabsichtigte Raub des Soldatenwahlrechtes. Politisierende, ihr staatsbürgerliches Recht ausübende Angehörige der Wehrmacht, das kann der Kapitalismus nicht brauchen. Wenn die Soldaten bürgerlich wählen würden — Bauer, das wäre noch etwas anderes! Aber man hat die Wahrnehmung gemacht, daß die jungen Leute, wie es nur natürlich ist, nach ihrer Massenzugehörigkeit wählen und meist den sozialistischen Parteien ihre Stimme gaben. Die Soldaten sollen ihr Wahlrecht verlieren, weil sie eben nicht Stimmvieh waren, sondern als politische bewußte Wesen handelten, und weil das Bürgertum hofft, den Sozialismus zu benachteiligen. Kindlich ist der Glaube, die Entziehung des Soldatenwahl-

VERLANGT UEBERALL



ger sein. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Ganz richtig ist jedoch die Bemerkung, daß eine Politik gegen das Volk unheilvolle Verhältnisse herbeiführt. Das sollten sich die Herren vom Landbund hinter die Ohren schreiben! Gerade sie, nicht die bösen Sozialisten, führen durch ihre Politik für das Volk unheilvolle Verhältnisse herbei. Sie können ernstlich nicht bestreiten, daß durch ihre Sozialpolitik 90 Prozent der Gesamtbevölkerung wirtschaftlich schwer geschädigt wurden. Auch ist unüberleglich, daß die Landbändler eine ausgesprochen volksfeindliche Politik gegen die breiten Massen des Volkes treiben, von der Bekämpfung jeder ernstlichen Fürsorge angefangen bis zur erzwungenen Verwaltungsreform. Jeder ernste Leser der 'Deutschen Landheime' findet unschwer heraus, daß das Blättchen durch den zitierten Artikel die eigene Partei heillos bloßstellt. Es ist nur die Frage, wieviele ernste Leser die 'D. L.' hat. Abgesehen hat nach der 'Deutschen Landpost' am 6. März in Kaaden gesagt, daß die Dorfbewohner auf politischem Gebiete vielfach noch Kinder sind. Demgemäß werden sie aber auch von den Landbändlern behandelt!

Eine Antwort an die Kommunisten. Die Kommunisten des Kreisverbandes Kreises haben an unsere dortige Kreisvertretung die Einladung zu einem geschlossenen Vorgehen im Kampfe gegen die Verwaltungs- und Steuerreform ergeben lassen. In dem Antwortschreiben der Kreisvertretung unserer Partei heißt es u. a.:

Bei diesem Anlasse erlauben wir uns, Euch darauf aufmerksam zu machen, daß sich leider auch jetzt noch, da Ihr uns die gemeinsame Abwehrfront vorschlagt, in der Schreibweise Eurer Presse gegenüber unserer Partei und unseren Parteimitgliedern nichts geändert hat. Wir wollen davon absehen, welche Wirkung diese Schreibweise auf die bürgerlichen Kreise ausüben mag; daß sie auf die Arbeiterschaft verwirrend wirkt, ist schmerzhaft. Ganz bestimmt trägt sie aber dazu nicht bei, daß die Arbeiterschaft ihre Auffassung revidiert, Euer Streben nach der Einheitsfront sei nicht ehrlich gemeint und werde nur aus partei-taktischen Gründen propagiert. Wir sehen deshalb Eurer Mitteilung entgegen, ob Ihr gewillt seid, angesichts der verstärkten Angriffe der Reaktion auf die Lebensrechte der Arbeiterklasse, in dem Sinne auf die Führung Eures Kreisorgans einzuwirken, daß die schädliche und erbitternde Art des Kampfes gegen unsere Partei wenigstens für die Dauer der gegenwärtigen Situation vermindert werde. Daß die Gegenüberlichkeit Eurer und unserer Auffassungen über den zum gleichen Ziele führenden Weg nicht verschwiegen werden sollen ist uns beiden klar; aber schon der Versuch, darüber in uralten Formen zu diskutieren, würden wir als einen Gewinn für die Befreiung der Arbeiterbewegung erachten.

Die Arbeiterschaft hat die ewigen Stänkerereien der Kommunisten gründlich satt. Sie mögen sich nicht einbilden, daß sich auch nur ein ehrlicher sozialdemokratischer Arbeiter finden wird, der sie als Kampfgesossen erst nimmt, solange die Verkünder der Sozialdemokratie Hauptzweck aller ihrer Tätigkeit ist.

Vom Einfluß der deutschen Minister. Das Eisenbahnministerium hat am 8. März l. J. an die Straßenbahndirektion in A. eine Zuschrift gerichtet, in der es darauf aufmerksam macht, daß die Dienstvorschriften so geändert werden müssen, daß nur Bedienstete mit tschechoslowakischer Staatszugehörigkeit in den Betrieb aufgenommen und in demselben verbleiben können. Außerdem wurde auf die Bestimmungen des § 2, des Gesetzes vom 23. August 1919, Zgl. Nr. 443 § 4, des Gesetzes vom 17. Dezember 1919, Zgl. Nr. 16, aufmerksam gemacht. Schon am 7. Jänner l. J. ist an die Straßenbahndirektion in A. eine Zuschrift des Eisenbahnministeriums eingelangt, mit welcher der Direktion aufgetragen wurde, ihm die Namen aller im Betriebe beschäftigten Arbeiter und Angestellten bekanntzugeben, welche nicht tschechoslowakische Staatsbürger sind. Diesem Auftrag ist die Direktion auch nachgekommen und in der letzten Zuschrift fragt das Eisenbahnministerium, was die genannten Personen wegen Erreichung der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft bis heute getan haben. Man scheint also auch in der Tschechoslowakischen Republik jetzt eine Razzia auf die Ausländer zu veranstalten, die sich allerdings nur gegen die Arbeiter und Angestellten auswirkt, weil höher gestellte Persönlichkeiten Mittel und Wege genug finden, um die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft zu erreichen. Wenn Arbeiter und Angestellte um die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft anfragen, so werden sie in den meisten Fällen abgewiesen.

Der Eisenbahnminister provoziert!

Es ist gar keine Frage mehr, daß der Eisenbahnminister Rajman, der den starken Mann der Bourgeoisie spielt und es den Eisenbahnern einmal zeigen will, bestrebt ist, den Kampf auf den Eisenbahnen geradezu herauszufordern. Anders ist die Kundmachung des Eisenbahnministeriums, die gestern erschienen ist, nicht zu verstehen. Diefelbe lautet:

Kundmachung.

Das Eisenbahnministerium warnt nachdrücklich alle Bediensteten vor irgendwelchen gegen den Dienst gerichteten Demonstrationen, Kundgebungen, vor der Verletzung der Dienstpflicht durch löbliche und läunliche Ausübung des Dienstes oder vor dessen Vernachlässigung.

Jeder derartige Versuch und jede derartige Tat wird stets und bei jedermann mit erhöhter Strenge verfolgt werden. Die durch den Mangel notwendiger Aufmerksamkeit oder gehörigen

Aufmerksamkeit bei der Ausübung der Dienstpflicht verursachten Schäden, werden konsequent zum Ersatz vorgeschrieben werden.

Den ihre Pflicht ausübenden Bediensteten wird der volle Schutz gewährt. Gegen jeden, gegen dieselben gerichteten Druck wird mit aller Entschiedenheit mit Strafen vorgegriffen werden.

Das Eisenbahnministerium

Die Kundmachung ist geradezu ungeheuerlich. Auf den Eisenbahnen ist bisher absolut nichts geschahen. Die Eisenbahner vollführen ihren Dienst mit der gewohnten Gewissenhaftigkeit und die Kundmachung verfolgt demnach keinen anderen Zweck als zu drohen. Die Eisenbahner werden sich durch die Schamhaftigkeiten des Herrn Rajman durchaus nicht einschüchtern lassen und werden für ihre Rechte mit aller Entschiedenheit weiter kämpfen.

Kompromisse in Genf.

Erfolg Deutschlands in der Schulfrage. — Zurückziehung der Truppen aus dem Saargebiet und Erteilung durch eine Bahnschutztruppe.

Genf, 12. März. (Wolff.) Die heutige Ratifikation brachte die Erledigung der ober-schlesischen Schulfrage. Das bereits im wesentlichen bekannte Verfahren läuft daraus hinaus, Kinder mit deutscher, wie auch solche mit doppelter Sprache, wo die Eltern es wünschen und die Möglichkeit zur Verfolgung des Unterrichtes gegeben ist, Minderheitsschulen zuzuführen. Die letzte Entscheidung liegt beim Präfekten Colander, der auf Kosten Polens durch einen schweizerischen Pädagogen bei der Behandlung dieser Frage unterstützt wird. Dr. Stresemann gab hiezu eine Erklärung ab, daß die deutsche Regierung den Vorschlag als einen *Non sens* aus den Schwierigkeiten betrachte, die hinsichtlich der Minderheitsschulen entstanden waren.

Genf, 12. März. Der Völkerbundsrat hat heute abends den Vorschlag der Regierungskommission des Saargebietes gemeinsam mit folgenden von Scialoja formulierten Zusätzen einstimmig angenommen:

Wie Verleumdungen gegen sozialdemokratische Funktionäre entgehen.

Verurteilung eines Verleumders durch die Wiener Geschworenen.

Wien, 12. März. (Eigenbericht.) Vor dem Wiener Schwurgericht fand heute ein Ehrenbeleidigungsprozess statt, den der sozialdemokratische Landestat Selmer gegen einen Christlich-sozialen namens Mosler angestrengt hatte. Mosler hatte in einer Flugchrift, die von den Unternehmern in ganz Oesterreich verbreitet und auch im Ausland von der gegnerischen Presse zitiert wurde, die Behauptung aufgestellt, daß Selmer von einer Firma für Lieferungen an die Gemeinde Wien Provision erhalten und von einer Elektrizitätsgesellschaft einen Provisionsbrief bekommen haben soll.

Der Angeklagte betraf sich auf einen ehemaligen sozialdemokratischen Vertrauensmann namens Brünner, der ebenfalls eine Pro-schüre gegen sozialdemokratische Funktionäre her-

ausgegeben hat; dieser habe ihm erklärt, daß er von einem gewissen Greiler, der Betriebsrat in einer Fabrik sei und in Humberg wohne, das ganze Material erhalten habe.

In der heutigen Verhandlung stellte sich heraus, daß dieser Greiler gar nicht existiert. Ein Ingenieur, der angeblich den Provisionsbrief Selmers gesehen haben soll, erklärte als Zeuge, daß dies nicht der Fall sei; er habe einmal dem Brünner nur seinen eigenen Provisionsbrief gezeigt; darauf habe ihn Brünner später angefordert, er solle den Provisionsbrief hergeben; die Christlichsozialen, in deren Auftrag er komme, würden ihn gut bezahlen.

Schließlich mußte selbst der Verteidiger zugestehen, daß der Wahrheitsbeweis gänzlich mißlungen sei, da Brünner gelogen habe. Mosler wurde von den Geschworenen einstimmig schuldig gesprochen und zu drei Monaten Arrest und zur Veröffentlichung des Urteiles in einem Tugendzeitungen verurteilt.

Deutschland.

Wien, 12. März. (Wolff.) Die heutige Ratifikation brachte die Erledigung der ober-schlesischen Schulfrage. Das bereits im wesentlichen bekannte Verfahren läuft daraus hinaus, Kinder mit deutscher, wie auch solche mit doppelter Sprache, wo die Eltern es wünschen und die Möglichkeit zur Verfolgung des Unterrichtes gegeben ist, Minderheitsschulen zuzuführen. Die letzte Entscheidung liegt beim Präfekten Colander, der auf Kosten Polens durch einen schweizerischen Pädagogen bei der Behandlung dieser Frage unterstützt wird. Dr. Stresemann gab hiezu eine Erklärung ab, daß die deutsche Regierung den Vorschlag als einen *Non sens* aus den Schwierigkeiten betrachte, die hinsichtlich der Minderheitsschulen entstanden waren.

Deutschland.

Wien, 12. März. Der Völkerbundsrat hat heute abends den Vorschlag der Regierungskommission des Saargebietes gemeinsam mit folgenden von Scialoja formulierten Zusätzen einstimmig angenommen:

Programm für morgen, Dienstag.

Wien, 12. März. (Wolff.) Die heutige Ratifikation brachte die Erledigung der ober-schlesischen Schulfrage. Das bereits im wesentlichen bekannte Verfahren läuft daraus hinaus, Kinder mit deutscher, wie auch solche mit doppelter Sprache, wo die Eltern es wünschen und die Möglichkeit zur Verfolgung des Unterrichtes gegeben ist, Minderheitsschulen zuzuführen. Die letzte Entscheidung liegt beim Präfekten Colander, der auf Kosten Polens durch einen schweizerischen Pädagogen bei der Behandlung dieser Frage unterstützt wird. Dr. Stresemann gab hiezu eine Erklärung ab, daß die deutsche Regierung den Vorschlag als einen *Non sens* aus den Schwierigkeiten betrachte, die hinsichtlich der Minderheitsschulen entstanden waren.

Tagesneuigkeiten.

Beim Vogelhändler.

Es ist fast gleichgültig, an welcher Ode er steht, ihr geht ja so mächtig hin, euch einen Vogel zu kaufen! Mutter, Käfig-ausputzen, Wasser — — ach Gott, was für lästige Arbeiten! Aber einen gefiederten Freund zu besitzen, das ist ein Vergnügen! Den ganzen Tag wird ihm vorgepiffen; wird er zur Kunstleistung aufgefordert — er hat keinen Achtundzweihundert! Wie viel tausend Arbeiter werden früh von den Bergwerken, Schlägereien, Tuchwebereien aufgelesen — und ausgelesen, abends wieder ausgepiffen! Wie entsetzlich wäre es, wenn man sein Herr Chef sich vor seine Wohnung — seinen Käfig hinstellen wollte und die Lippen spigen würde: pff! pff! pff! Pip, Wäghen, pip! Ist nicht der Mensch seinen armen kleinen gefiederten Freunden ein ebensolcher Sklavenhalter? Ist es nicht gleich, ob man sagt: Pip — Wäghen, pip! Oder: Arbeit, Arbeiter, arbeite! Eine andere Geschichte: Der Nachgall (die nur abends oder nachts gerne singt) blendet man die Augen — damit sie besser singe, mein Gott, sie kann nicht soviel singen, um den herzlosen Herrn davon abzuhalten, flauert höchstens ein bißchen und dann hat man das Vergnügen, den ganzen Tag ihren weichen Gesang zu hören, den ganzen Tag — denn die arme Nachgall glaubt: immer ist es Nacht! — Dazu noch folgende Geschichte —: als vor vier Jahrhunderten Jar Jwan der Schreckliche in Moskau residierte, zwang er einen italienischen Künstler, ihm eine Kirche zu bauen, wie sie noch niemand gesehen hätte. Unter dem Druck von Drohungen und Versprechungen ging der schlauere Italiener ans Werk und baute eine kunstreiche Kathedrale, der er eine Zwiebel verriechte und farbiger als die anderen auf die Turmknäue setzte, weil er den gewalttätigen Geschmack des entsetzlichen Jwan kannte: er wollte sich in nichts geäußert haben — Jwan war begeistert und eifersüchtig zugleich; er zahlte dem Italiener die ausbedingene Summe ließ ihn aber, weil er das Kunstwerk nicht irgendwo anders wiederholen lassen wollte, trotz aller flehentlichen Bitten auf die sicherlichste Weise blinden. — Freitags: Welcher Unterschied besteht zwischen dem Vogelhändler, der die Nachgallen blindet, um sie preiswert zu machen und Jwan dem Schrecklichen?

Der Vogelhändlers Laden scheint eine Welt der absonderlichsten Tiergeräusche — aber eine gefesselte, gefangene Welt — da sind die Tauben — die in Käfigen schnäbeln, Eier legen, Junge brüten; die Rutztiere, die Arbeiter. Die Hühner, Stieglitz, Kanarienvogel: Die Sänger, die Intelligenz, schon in Ketten geboren, kennen gar nicht die freie Professorewelt der Kirchentürme, nach der sich die Tauben schenken, die Kanarienvogel fliegen aus den offenen Käfigen nicht weg — auch die meisten Intelligenzler nicht, wenn man ihnen die Käfigtüren öffnet. Und so geht es weiter! Der grüne Jaso — der Papagai mit dem blauen Köpfchen scheint fast ein wegen verschiedener Pressedelle eingesperrter Dichter hinter Zolamäuer, stumme Fische, Schlangen — Teufel, Zwierrachsfächer, feiste Karnickel, gefrägige Hamster; eine Welt ist das, eine ganze Welt — wie unsere; und Herr darüber der geldgierige Mensch, der zwar seine Tiere liebt, aber ihnen, damit sie besser singen, die Augen blindet. —

—rb.

Rundfunk für Alle!

Programm für Montag.

Wien, 12. März. (Wolff.) Die heutige Ratifikation brachte die Erledigung der ober-schlesischen Schulfrage. Das bereits im wesentlichen bekannte Verfahren läuft daraus hinaus, Kinder mit deutscher, wie auch solche mit doppelter Sprache, wo die Eltern es wünschen und die Möglichkeit zur Verfolgung des Unterrichtes gegeben ist, Minderheitsschulen zuzuführen. Die letzte Entscheidung liegt beim Präfekten Colander, der auf Kosten Polens durch einen schweizerischen Pädagogen bei der Behandlung dieser Frage unterstützt wird. Dr. Stresemann gab hiezu eine Erklärung ab, daß die deutsche Regierung den Vorschlag als einen *Non sens* aus den Schwierigkeiten betrachte, die hinsichtlich der Minderheitsschulen entstanden waren.

Wien, 12. März. (Wolff.) Die heutige Ratifikation brachte die Erledigung der ober-schlesischen Schulfrage. Das bereits im wesentlichen bekannte Verfahren läuft daraus hinaus, Kinder mit deutscher, wie auch solche mit doppelter Sprache, wo die Eltern es wünschen und die Möglichkeit zur Verfolgung des Unterrichtes gegeben ist, Minderheitsschulen zuzuführen. Die letzte Entscheidung liegt beim Präfekten Colander, der auf Kosten Polens durch einen schweizerischen Pädagogen bei der Behandlung dieser Frage unterstützt wird. Dr. Stresemann gab hiezu eine Erklärung ab, daß die deutsche Regierung den Vorschlag als einen *Non sens* aus den Schwierigkeiten betrachte, die hinsichtlich der Minderheitsschulen entstanden waren.

